

# PRESSEMITTEILUNG

## PRESSEMITTEILUNG

Sozialpolitik

Nr. 113/14 vom 27. Februar 2014

### **Katja Rathje-Hoffmann und Peter Lehnert: SPD, Grüne und SSW haben unseren Änderungsantrag zu Traumaambulanzen abgelehnt**

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, und der Sprecher für Opferschutz, Peter Lehnert, haben der Landesregierung angesichts der heutigen Jahresbilanz des „WEISSEN RINGS“ vorgeworfen, eine sinnvolle Initiative der CDU-Fraktion zur besseren Koordinierung der Traumaambulanzen abgelehnt zu haben:

„Mit unserem Änderungsantrag zum Haushalt 2014 hätte zumindest eine Koordinierungsstelle geschaffen werden können. Das wäre ein Anfang gewesen“, erklärte Rathje-Hoffmann in Kiel. Die Regierungsfractionen hätten den Antrag jedoch abgelehnt.

Rathje-Hoffmann forderte SPD, Grüne und SSW auf, sich für eine Änderung der Rahmenbedingungen der Traumaambulanzen einzusetzen. „Herr Döring hat Recht: Auch für Einbruchs- und Stalkingopfer muss es die Möglichkeit geben, sich an die Traumaambulanzen zu wenden. Da ist Frau Alheit in der Pflicht“, so Rathje-Hoffmann.

Die steigenden Zahlen der beim Weissen Ring Hilfe suchenden Menschen zeigten, wie wichtig die ehrenamtliche Arbeit der Helferinnen und Helfer sei.

„Opferschutz und Opferhilfe sind wichtig. Ehrenamtliche Helfer können hier

oft viel freier und umfangreicher zur Verfügung stehen, als es hauptamtliche Mitarbeiter tun könnten. Auch der Staat darf allerdings die Opfer nicht vergessen. In Schleswig-Holstein wird sehr viel auf die Täter und deren Resozialisierung geachtet. Darüber dürfen die Opfer nicht in Vergessenheit geraten“, so Lehnert.